



Bericht über die Tätigkeit der Härtefallkommission des Freistaates Bayern

2011

Herausgeber:

Geschäftsstelle der Härtefallkommission in Bayern
Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3
80539 München

Inhaltsverzeichnis

1	Die Härtefallkommission des Freistaates Bayern	5
1.1	<i>Aufgabe der Härtefallkommission und ihre Zusammensetzung.....</i>	<i>5</i>
1.2	<i>Verfahrensgrundsätze</i>	<i>6</i>
1.2.1	Vorrang des Petitionsverfahrens	6
1.2.2	Grundsatz der Selbstbefassung – kein Antragsverfahren.....	7
1.2.3	Keine generelle Aussetzung der Abschiebung	7
1.2.4	Letztentscheidungsrecht des Staatministeriums des Innern	7
1.3	<i>Entscheidung der Kommission</i>	<i>8</i>
1.4	<i>Geschäftsstelle der Härtefallkommission</i>	<i>10</i>
2	Berichtszeitraum 2011	12
2.1	<i>Kommissionsmitglieder.....</i>	<i>12</i>
2.2	<i>Statistische Angaben für den Berichtszeitraum 2011</i>	<i>13</i>
2.2.1	Kommissionsentscheidungen.....	13
2.2.2	Fallzahlen insgesamt.....	17
3	Zusammenfassung.....	19

Vorwort

Seit Herbst 2006 ist in Bayern auf der Grundlage des § 23a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) eine Härtefallkommission eingerichtet. Auf ihr Ersuchen hin kann vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern bei Vorliegen dringender persönlicher oder humanitärer Gründe ausnahmsweise der weitere Aufenthalt in Deutschland ermöglicht werden.

In Bayern ist inzwischen anerkannt, dass die Arbeit der Kommission es in nicht wenigen Fällen ermöglicht hat, angemessen auf außergewöhnliche Härten zu reagieren, die sich beim Vollzug des Aufenthaltsgesetzes im Einzelfall ergeben können.

Mit dem Tätigkeitsbericht 2011 informiert die Geschäftsstelle der Härtefallkommission nun zum fünften Mal über die Arbeit der Bayerischen Härtefallkommission.

Der erste Teil des Berichts enthält wie in den letzten Jahren den allgemeinen Überblick über Aufgabe und Arbeit der Bayerischen Härtefallkommission; die **aktuelle Statistik für das Jahr 2011 findet sich im zweiten Teil** des Berichts („Berichtszeitraum 2011“).

Alle Tätigkeitsberichte können unter folgendem Link im Internetauftritt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern abgerufen werden:
<http://www.innenministerium.bayern.de/buerger/auslaender/leben/detail/16593/>

Hier hat die Geschäftsstelle außerdem weitere Informationen zum Ablauf des Härtefallverfahrens und den Mitgliedern zusammengestellt.

Der Tätigkeitsbericht wurde von der Geschäftsstelle der Härtefallkommission erstellt, mit dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Verwaltungsdirektor Mück, abgestimmt und von diesem gebilligt.

1 Die Härtefallkommission des Freistaates Bayern

1.1 Aufgabe der Härtefallkommission und ihre Zusammensetzung

Die Härtefallkommission überprüft nicht im Sinne einer weiteren Instanz rückwärts gerichtet frühere Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen. Sie korrigiert keine vermeintlich falschen Bescheide, sondern greift gerade dann ein, wenn das geltende Ausländerrecht rechtmäßig angewandt eine dringende persönliche oder humanitäre Härte zur Folge hätte. Dementsprechend erfolgt die Aufenthaltsgewährung in Härtefällen gemäß § 23a AufenthG ausdrücklich „*abweichend*“ von den im Aufenthaltsgesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen.

Voraussetzung für die Aufenthaltsgewährung nach § 23a AufenthG ist, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission *dringende humanitäre oder persönliche Gründe* vorliegen, die ausnahmsweise die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen (§ 23a Abs. 2 Satz 4 AufenthG).

Mit der bayerischen Härtefallkommission übernimmt ein Gremium anerkannter Fachleute diese schwierige und verantwortungsvolle Entscheidung. Im Hinblick auf das gesetzgeberische Ziel, Einzelschicksale unter Beachtung humanitärer und auch gesellschaftspolitischer Belange zu beurteilen, wurde in Bayern auf eine ausgewogene Zusammensetzung von Vertretern der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und der kommunalen Spitzenverbände geachtet. Die gemeinsame und vertrauensvolle Arbeit der Kommissionsmitglieder zeigt, dass sich die Zusammensetzung der Kommission weiterhin bewährt.

Im Einzelnen besteht die Härtefallkommission gemäß § 2 Abs. 1 HFKomV aus folgenden Mitgliedern:

- jeweils einem Vertreter der Katholischen Kirche und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
- drei Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern

- vier Vertretern der kommunalen Spitzenverbände
- einem Vertreter des Staatsministeriums des Innern, der vorbehaltlich § 9 HFKomV nicht stimmberechtigt ist.

Härtefallersuchen beschließt die Kommission gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 HFKomV mit zwei Dritteln der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder (mindestens sechs von neun Stimmen).

Die Mitglieder der Härtefallkommission werden vom Staatsminister des Innern auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen ernannt. Sie sind ehrenamtlich tätig und haben keinen Anspruch auf Ersatz von Auslagen oder Verdienstausfall.

1.2 Verfahrensgrundsätze

1.2.1 Vorrang des Petitionsverfahrens

War oder ist in einer Angelegenheit eine Eingabe beim Bayerischen Landtag anhängig, so kann sich die Härtefallkommission gemäß § 3 Abs. 2 HFKomV nur mit dem Fall befassen, wenn dies vom Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtags *ausdrücklich vorgeschlagen* wird. Liegt die Entscheidung des Landtags bereits länger zurück oder haben sich neue Gesichtspunkte ergeben, besteht aber die Möglichkeit, erneut eine Petition zum Landtag einzureichen.

Der Petitionsausschuss kann hingegen immer angerufen werden, auch wenn sich die Härtefallkommission bereits mit dem Fall befasst hat.

§ 3 Abs. 2 HFKomV stellt somit den Vorrang des Landtags sicher.

Bei Fällen, die der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zur Behandlung an die Härtefallkommission überweist, unterrichtet die Geschäftsstelle den Ausschuss außerdem jeweils gesondert über den Ausgang des Verfahrens.

1.2.2 Grundsatz der Selbstbefassung – kein Antragsverfahren

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 HFKomV befassen sich die Mitglieder der Härtefallkommission nur mit Fällen, wenn dies

- der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des Landtags vorgeschlagen hat
- die Härtefallkommission auf Vorschlag eines stimmberechtigten Mitglieds beschlossen hat oder
- fünf stimmberechtigte Mitglieder der Härtefallkommission schriftlich beantragt haben.

Das Härtefallverfahren ist also *kein Antragsverfahren*. Ausländer oder deren Vertreter können nicht verlangen, dass sich die Härtefallkommission mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft (§ 23a Abs. 2 Sätze 2 und 3 AufenthG, § 3 Abs. 3 HFKomV).

Das Einreichen von „Anträgen“ bei der Geschäftsstelle ist nicht möglich. Gehen dennoch Schreiben bei der Geschäftsstelle ein, werden diese den Mitgliedern der Kommission zur Kenntnis gegeben, die in eigener Verantwortung entscheiden, ob sie einen Fall aufgreifen.

1.2.3 Keine generelle Aussetzung der Abschiebung

Ein Ausländer kann nicht verlangen, dass aufenthaltsbeendende Maßnahmen ausgesetzt werden, weil sich die Härtefallkommission mit seinem Anliegen befasst oder befassen wird, § 4 HFKomV. Das Härtefallverfahren hat *keine aufschiebende Wirkung*.

1.2.4 Letztentscheidungsrecht des Staatministeriums des Innern

Hat die Kommission ein Härtefallersuchen nach § 23a Abs. 1 Satz 1 AufenthG gestellt, liegt die Entscheidung beim Staatsministerium des Innern, ob dem Ersuchen stattgegeben werden kann.

Eine Pflicht, dem Härtefallersuchen zu entsprechen, besteht ausdrücklich nicht. Vielmehr hat das Staatsministerium des Innern selbständig zu prü-

fen, ob die Voraussetzungen des § 23a AufenthG vorliegen. Hierbei besteht keine freie Entscheidungsmöglichkeit, denn § 23a AufenthG verdrängt nicht die detaillierten Bestimmungen des Aufenthaltsrechts, sondern steht als Sondervorschrift neben ihnen. Deshalb ist ein Fall nicht schon deshalb ein Härtefall, weil der Ausländer zur Ausreise verpflichtet ist. Vielmehr verlangt das Gesetz, dass dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen, die die weitere Anwesenheit des Ausländers in Deutschland rechtfertigen, wobei nach der maßgeblichen Verwaltungsvorschrift des Bundes ausdrücklich ein strenger Maßstab anzulegen ist.

Außerdem dürfen grundsätzlich keine Ausschlussgründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Ausländer Straftaten von erheblichem Gewicht begangen hat, seinen Lebensunterhalt nicht sichern kann, die Passpflicht nicht erfüllt oder in erheblichem Umfang durch Täuschung oder Irreführung der Behörden die Aufenthaltsbeendigung hinausgezögert hat.

Bejaht auch das Staatsministerium des Innern das Vorliegen eines Härtefalls, wird die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis angeordnet.

1.3 Entscheidung der Kommission

Den Ausschlag für die Bejahung eines Härtefalls hat sehr oft eine *weit überdurchschnittliche Integrationsleistung gegeben*, die sich auch in der selbständigen Sicherung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme öffentlicher Sozialleistungen zeigt.

Angesichts der Vielfalt denkbarer Lebenssachverhalte ist es jedoch nicht möglich, darüber hinaus typische Kriterien für einen Härtefall zu nennen. Da das Gesetz auf eine individuelle Härte abstellt – maßgeblich ist, dass eine Aufenthaltsbeendigung den Ausländer ungleich härter treffen würde als andere Ausreisepflichtige – muss jeder Fall für sich betrachtet werden. Die Kommissionsmitglieder beraten sehr intensiv jeden Einzelfall und wägen in einer Gesamtschau alle für und gegen eine Aufenthaltsgewährung sprechenden Gründe ab.

Die in § 5 Satz 2 Nrn. 1 bis 7 HFKomV geregelten Ausschlussgründe können überwunden werden, wenn besondere Umstände in der Person

des Ausländers nach Auffassung der Kommission eine Ausnahme rechtfertigen, § 5 Satz 1 HFKomV. In diesem Fall soll nach § 7 Abs. 4 Satz 2 HFKomV aus dem Härtefallersuchen hervorgehen, aus welchen Gründen die Härtefallkommission eine Ausnahme befürwortet.

Beispielsweise kann trotz Nichterfüllung der Passpflicht (Ausschlussgrund nach § 5 Satz 2 Nr. 2 HFKomV) ein Härtefallersuchen gestellt werden.

Dies geschieht dann mit der Maßgabe, dass die endgültige Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erst nach Passvorlage erfolgen darf, vgl. auch § 7 Abs. 4 Satz 3 HFKomV.

1.4 Geschäftsstelle der Härtefallkommission

Zur Unterstützung der Härtefallkommission hat das Staatsministerium des Innern eine Geschäftsstelle eingerichtet (§ 6 HFKomV):

Geschäftsstelle der Härtefallkommission
Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3
80539 München

Tel.: 089 / 21 92 22 47
Fax: 089 / 21 92 22 07
E-Mail: HFK_GS@stmi.bayern.de

Im Berichtszeitraum war Frau Oberregierungsrätin Susanne Jann Leiterin der Geschäftsstelle. Mit Wirkung vom 01.01.2012 wurde Frau Regierungsrätin Vanessa Döring mit der Leitung betraut.

Bei jedem Fall, der an die Härtefallkommission herangetragen wird, erfolgt zunächst eine Vorprüfung durch die Geschäftsstelle. Dabei werden die Eckdaten des Falles ermittelt, damit sich die Mitglieder eine erste Meinung darüber bilden können, ob sich der Fall zur Behandlung in der Kommission eignet.

Kernaufgabe der Geschäftsstelle ist es, die Sitzungen der Härtefallkommission vorzubereiten. Wird ein Fall nach der Vorprüfung von einem Mitglied aufgegriffen, recherchieren die Mitarbeiter der Geschäftsstelle den Sachverhalt im Einzelnen – wichtig sind nun insbesondere die Umstände des Aufenthalts (z. B. Gründe der Einreise, Aufenthaltsdauer in Deutschland) und die Integrationsleistung (z. B. Sprachkenntnisse, selbständige Sicherung des Lebensunterhalts, Integration in der örtlichen Gemeinschaft). Vor der Sitzung werden die Ergebnisse für die Mitglieder in einem Vorlagebericht zusammengefasst.

Daneben hält die Geschäftsstelle den Kontakt zu den Ausländerbehörden und benachrichtigt diese insbesondere vom Fortgang des Härtefallverfahrens.

Hat das Staatsministerium des Innern einem Härtefallersuchen stattgegeben, sorgt die Geschäftsstelle dafür, dass gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde die entsprechende ausländerrechtliche Anordnung

ergeht. Teilweise stellt die Kommission in ihren Ersuchen individuelle Anforderungen an die Betroffenen – etwa den Besuch eines Integrationskurses oder den Abschluss einer Ausbildung –, die in die Anordnung aufgenommen werden müssen. Die weitere Umsetzung erfolgt durch die zuständige Ausländerbehörde. Dabei begleitet die Geschäftsstelle bei Bedarf den weiteren Vollzug. Vor allem bei den wiederkehrenden Fragen der dauerhaften Lebensunterhaltssicherung und Passvorlage entstehen im Nachhinein nicht selten unvorhersehbare Probleme.

Auch im Jahr 2011 machte diese Nachbetreuung eigentlich schon abgeschlossener Fälle neben der Vorbereitung aktueller Fälle für die Sitzungen einen nicht unerheblichen Teil der Tätigkeit der Geschäftsstelle aus.

2 **Berichtszeitraum 2011**

2.1 **Kommissionsmitglieder**

Im Berichtszeitraum gehörten der Härtefallkommission folgende Mitglieder (Stellvertreter in Klammern) an:

- Frau Rechtsanwältin Bettina Nickel, Katholische Kirche
(Herr Rechtsrat i. K. Peter Hornstein)
- Herr Oberkirchenrat Michael Martin, Evangelisch-Lutherische Kirche
(Frau Kirchenverwaltungsdirektorin Dr. Susanne Henninger)
- Herr Verwaltungsdirektor Wilfried Mück,
Deutscher Caritasverband, Landesverband Bayern e. V.
(Herr Stefan Wagner, Referent für Migration und Integration)
- Herr Helmut Stoll, Referent für Migration beim Diakonischen Werk
Bayern
(Herr Matthias Schopf-Emrich)
- Frau Irene Marsfelden, Abteilungsleiterin der Abteilung Soziale Arbeit
beim Bayerischen Roten Kreuz, bis Januar 2011
(Frau Ute Linck, Teamleiterin Migration und Integration, bis Januar
2011)
Herr Max von Heckel, Vorstandsvorsitzender des Arbeiterwohlfahrt
Kreisverbands München-Stadt e. V., ab Februar 2011
(Frau Christine Schubert, stellvertretende Geschäftsführerin beim Ar-
beiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e. V., ab Februar 2011)
- Herr Erster Bürgermeister a. D. Wolfgang Plattmeier,
Bayerischer Gemeindetag
(Herr Gerhard Dix, Referatsleiter)
- Herr berufsmäßiger Stadtrat a. D. Dr. Hartmut Frommer,
Bayerischer Städtetag
(Herr Oberbürgermeister Helmut Hey)
- Herr Direktor Michael Graß, Bayerischer Landkreistag
(Herr Johannes Reile, Geschäftsführendes Präsidialmitglied)
- Herr Direktor Werner Kraus, Verband der bayerischen Bezirke
(Frau Direktorin Irmgard Gihl)

- Herr Ministerialrat Dr. Hans-Eckhard Sommer, Staatsministerium des Innern; *vorbehaltlich § 9 HFKomV nicht stimmberechtigt*

Den Vorsitz führte wie bisher Herr Verwaltungsdirektor Wilfried Mück, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern. Stellvertretender Vorsitzender war weiterhin Herr berufsmäßiger Stadtrat a. D. Dr. Hartmut Frommer.

Ansprechpartner für Presseanfragen über die Arbeit der Härtefallkommission ist der Kommissionsvorsitzende.

2.2 Statistische Angaben für den Berichtszeitraum 2011

Der fünfte Tätigkeitsbericht der Bayerischen Härtefallkommission umfasst das Kalenderjahr 2011, in dem elf Sitzungen der Kommission stattfanden. Stichtag der statistischen Auswertung ist der 31.12.2011.

2.2.1 Kommissionsentscheidungen

Im Berichtszeitraum 2011 hat die Bayerische Härtefallkommission 52 Fälle, die 104 Personen betrafen, aufgegriffen und behandelt.

Hierunter befanden sich auch zwei der insgesamt drei im Jahre 2010 durch den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtags an die Kommission verwiesenen Fälle (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HFKomV); die übrigen Fälle haben die Kommissionsmitglieder selbst aufgegriffen (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 und 3 HFKomV).

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat im Laufe des Jahres 2011 acht weitere Fälle zur Behandlung durch die Härtefallkommission verwiesen, die zum Großteil noch in der Kommission behandelt werden müssen. Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt, dass bei den vom Ausschuss für Eingaben und Beschwerden verwiesenen Fällen eine deutliche Steigerung festgestellt werden kann.

In 43 Fällen (87 Personen) hat die Härtefallkommission Ersuchen an das Staatsministerium des Innern gerichtet.

Kein Härtefallersuchen wurde in neun Fällen (17 Personen) gestellt. In dieser Zahl sind jedoch auch Fälle enthalten, bei denen die Kommission die Entscheidung über ein Härtefallersuchen zurückgestellt hat und nochmals in einer ihrer nächsten Sitzungen behandeln wird.

In einigen weiteren Fällen, für die bereits Befassungsvorschläge vorlagen, wurden ebenfalls keine Ersuchen gestellt, weil sich deren Behandlung in einer Kommissionssitzung erübrigte, z. B. nach einer freiwilligen Ausreise oder nach Feststellung eines Abschiebungsverbots durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dieser Teil der Fälle ist in den vorgenannten Zahlen nicht enthalten, da keine Behandlung in einer Kommissionssitzung erfolgt ist.

In 37 Fällen (72 Personen) gab das Staatsministerium des Innern den Ersuchen der Härtefallkommission statt. Über die verbleibenden sechs Fälle (15 Personen) wurde im Berichtszeitraum noch nicht entschieden.

Die *Abbildungen 1 und 2* stellen die Entwicklung der Kommissionsentscheidungen der Bayerischen Härtefallkommission in den vergangenen drei Jahren dar. Die grünen Säulen zeigen den Berichtszeitraum 2009, die roten Säulen das Kalenderjahr 2010 und die blauen Säulen den aktuellen Berichtszeitraum 2011. *Abbildung 1* zeigt die Zahl der behandelten Fälle. Aus *Abbildung 2* kann die Zahl der betroffenen Personen entnommen werden.

Abb. 1: Entscheidungen in der Kommission (Fälle)

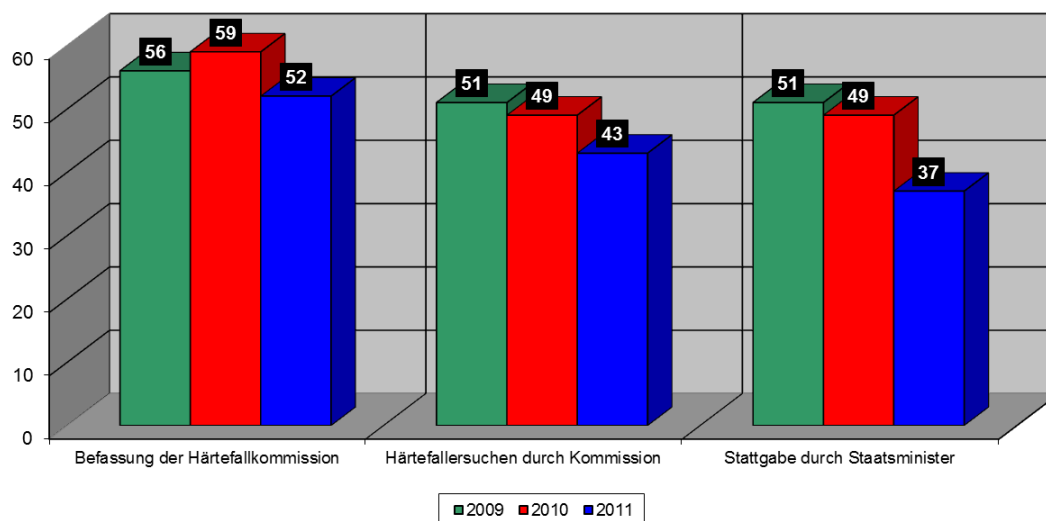
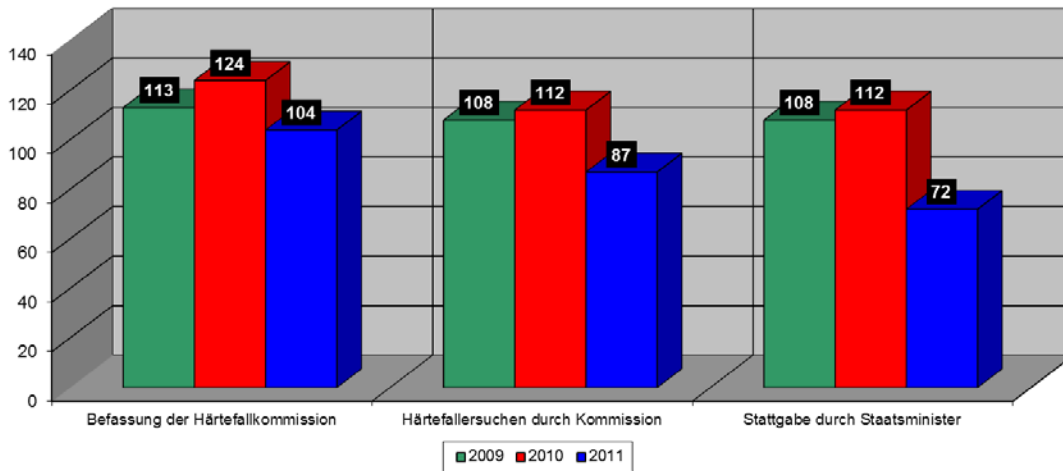


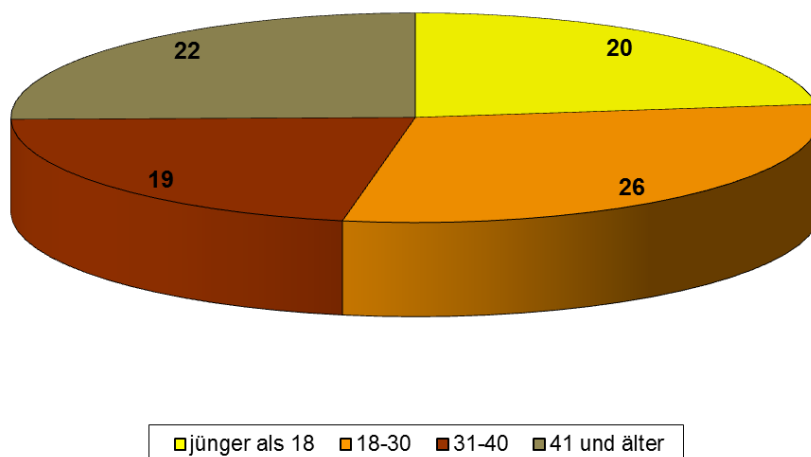
Abb. 2: Entscheidungen in der Kommission (Personen)



Der Anteil der Einzelpersonen, die von Härtefallersuchen im Laufe des Jahres 2011 betroffen waren, ist im Verhältnis gestiegen. Unter den insgesamt 87 Betroffenen waren 27 Einzelpersonen sowie 60 Familienmitglieder. 2010 wurden Härtefallersuchen für 26 Einzelpersonen und 86 Familienmitglieder gestellt.

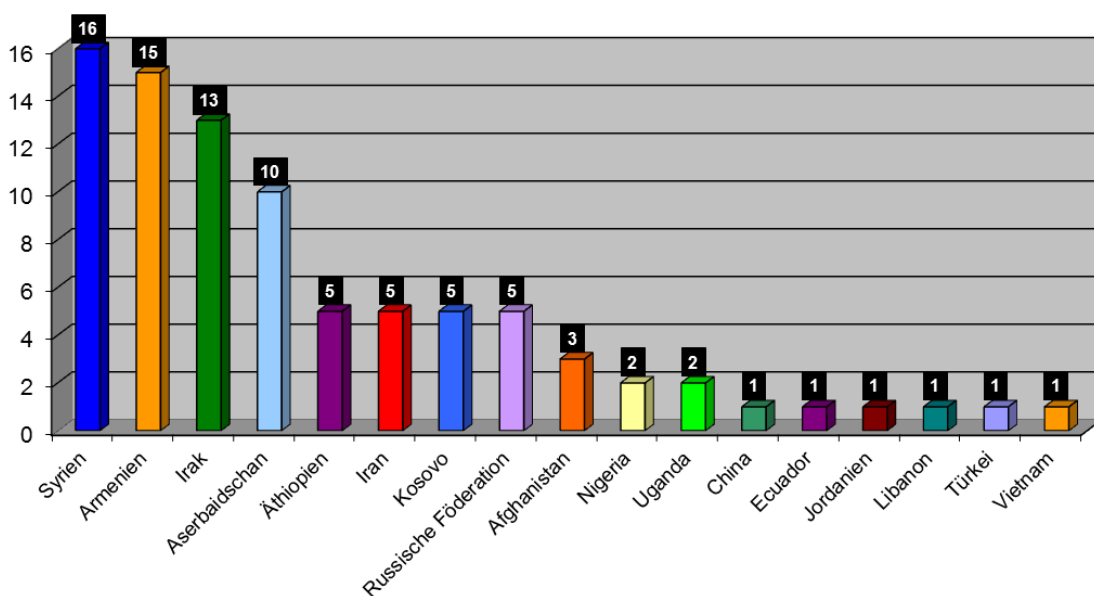
Abbildung 3 gibt einen Überblick über die Altersstruktur der betroffenen Personen. Der Anteil der Kinder ist im Vergleich zum Vorjahr geringer geworden, was wohl eine Folge der vermehrten Behandlung von (erwachsenen) Einzelpersonen ist.

Abb. 3: Härtefallersuchen 2011 - Altersstruktur



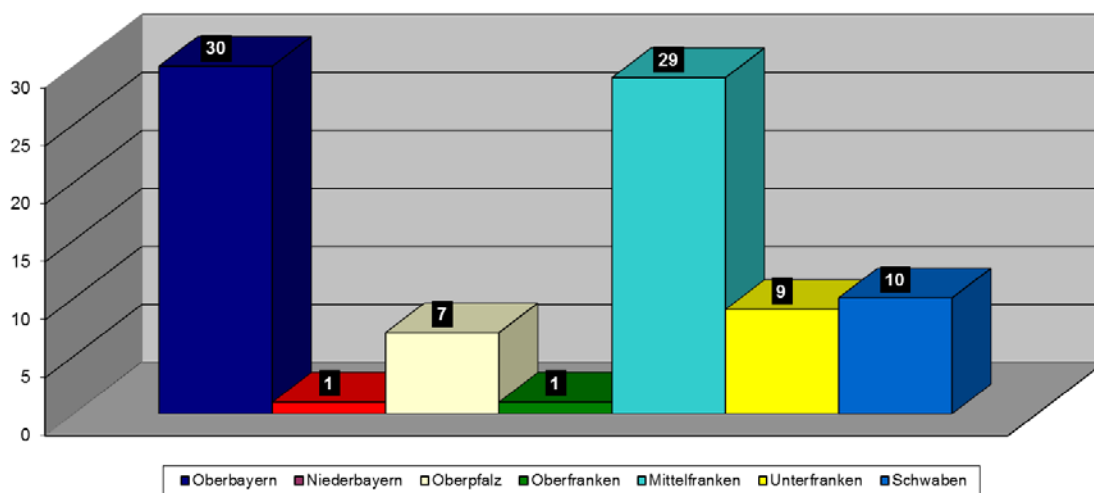
Die Herkunftsländer der 87 Personen, für die 2011 Härtefallersuchen gestellt wurden, schlüsseln sich wie in *Abbildung 4* dargestellt auf.

Abb. 4: Härtefallersuchen 2011 - Nationalitäten



Aus welchen Regierungsbezirken die von den Härtefallersuchen betroffenen Personen stammten, lässt sich der *Abbildung 5* entnehmen.

Abb. 5: Härtefallersuchen 2011 – Verteilung in Bayern



2.2.2 Fallzahlen insgesamt

Im Berichtszeitraum 2011 war die Geschäftsstelle der Härtefallkommission mit insgesamt 190 Fällen (342 betroffene Personen) befasst.

Hierin enthalten sind die 52 Fälle (104 Personen), die die Kommission 2011 in ihren Sitzungen beraten hat.

Bei dem Großteil der übrigen Fälle ging das Härtefallverfahren im Jahr 2011 nicht oder noch nicht über die Phase der Vorprüfung hinaus. Im Rahmen der Vorprüfung recherchiert die Geschäftsstelle der Härtefallkommission die Eckdaten des Falles, damit die Kommissionsmitglieder beurteilen können, ob sie einen Fall aufgreifen (vgl. 1.4. Geschäftsstelle der Härtefallkommission). Beispielsweise kann die Recherche und Vorprüfung von Fällen erst im Jahr 2012 abgeschlossen werden, wenn sie der Geschäftsstelle gegen Ende des Jahres 2011 vorgelegt wurden.

Teilweise konnten bei den 2011 eingegangenen Fällen Lösungen auf anderer Rechtsgrundlage gefunden werden (z. B. aufgrund des in Kraft getretenen § 25a AufenthG „Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden“), so dass eine Behandlung in der Kommission nicht (mehr) notwendig war.

Wie bereits unter 2.2.1 erwähnt, erledigten sich auch einige Fälle in dem Zeitraum zwischen dem förmlichen Befassungsvorschlag und der Behandlung in einer Kommissionssitzung.

Andere Fälle wurden von den Kommissionsmitgliedern nicht aufgegriffen – etwa wenn sich herausstellte, dass gewichtige Ausschlussgründe nach § 5 Satz 2 HFKomV vorlagen – und waren daher mit dem oben beschriebenen Vorprüfungsverfahren abgeschlossen.

Für eine größere Zahl von Fällen liegen bereits Befassungsvorschläge einzelner Kommissionsmitglieder vor, so dass mit deren Behandlung in einer Kommissionssitzung im Laufe des Jahres 2012 gerechnet werden kann. Auch können die meisten vom Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des Bayerischen Landtags an die Härtefallkommission bereits verwiesenen Fälle im Jahr 2012 von der Härtefallkommission behandelt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Geschäftsstelle mit insgesamt 204 Fällen mit 424 betroffenen Personen befasst war, hat sich die o.g. Fallzahl zwar etwas verringert, liegt jedoch immer noch auf hohem Niveau. Daher steht auch im Jahr 2012 eine hohe Anzahl von Fällen zur Behandlung durch die Kommission aus.

Über die genannten Fälle hinaus erhält und beantwortet die Geschäftsstelle eine Vielzahl allgemeiner Anfragen von Privatpersonen, Unterstützern und Organisationen über die Verfahrens- und Arbeitsweise der Härtefallkommission.

3 Zusammenfassung

Die Entwicklung der Fallzahlen im Jahr 2011 zeigt, dass sich das Konzept der Bayerischen Härtefallkommission und die Ausgestaltung des Verfahrens weiterhin bewährt. Das Prinzip der Selbstbefassung kann nach wie vor sicherstellen, dass sich die Kommission nur mit Fällen beschäftigen muss, in denen das Vorliegen eines besonderen Härtefalls ernsthaft in Betracht gezogen werden kann.

Abzuwarten bleiben die Auswirkungen des Mitte vergangenen Jahres in Kraft getretenen § 25a AufenthG. Es erscheint möglich, dass in der Zukunft ein Teil potentieller Härtefälle in Anwendung dieser Vorschrift ein Aufenthaltsrecht erhalten kann. Bei Erfüllung der in § 25a AufenthG aufgestellten Voraussetzungen können auch Eltern und Geschwister in Deutschland verbleiben.

Im Berichtszeitraum wurde wieder deutlich, dass die Mitglieder der Kommission weit über das Ersuchen hinaus Verantwortung für den eingebrachten Fall übernehmen. Insbesondere die Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche spielt hier eine große Rolle. Nicht selten haben Kommission und Geschäftsstelle gemeinsam Lösungsvorschläge entwickelt, um den Betroffenen eine dauerhafte wirtschaftliche Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Als nützlich erwiesen sich auch Anregungen und Vorschläge der örtlichen Ausländerbehörden, die häufig mit den Umständen des Falles sehr gut vertraut sind und die Interessenlage der Betroffenen richtig einzuschätzen vermögen.

Zum Abschluss soll die gute Zusammenarbeit innerhalb der Kommission hervorgehoben werden. Die Kommissionsmitglieder diskutierten die behandelten Fälle offen, sehr ausführlich und möglichst allumfassend. Sie machten sich ihre Entscheidungen nicht einfach und zeigten untereinander Verständnis für die verschiedenen, auch teilweise gegensätzlichen, Argumente. Die abschließenden Abstimmungen wurden meist einvernehmlich getroffen.